

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener-Druckerei Dresden.
Verleger: Hermann Schmidt.
Für den Verleger: Hermann Schmidt.
Zur Zeit: Hermann Schmidt.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., durch die Post bei täglich einmaliger Zustellung monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Die einjährige 37 mm breite Seite 4,- M. Auf Fernbestellungen. Anzeigen unter 5 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 1 spaltige 25,- M. Verlagspreis laut Tarif. Auswärtige Zustellung gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schreibmaschine und Schreibmaterialien
Marianstraße 33/34.
Druck u. Verlag von "epik & Reichardt in Dresden."
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schr.-Mittel werden nicht aufbewahrt.

Die Etatrede des Reichsfinanzministers.

(Erdmetelung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 30. Jan. In der heutigen Reichstags-Sitzung leitete Reichsfinanzminister Frenke die erste Lesung des Reichshaushaltsplans mit einer Einrede ein, in der er ausführte: Es ist zum ersten Male seit Kriegsausbruch gelungen, dem Reichstag den Entwurf eines Haushaltsplans so zeitig vorzulegen, daß seine Verabschiedung vor Beginn des Rechnungsjahres möglich ist. Die rechtzeitige Verabschiedung des Haushaltsplans ist ein Grundvoraussetzung für eine zweckmäßige und sparsame Finanzwirtschaft des Reiches. Ich bitte darum das Haus, den Haushaltsplan noch vor Abschluß des Rechnungsjahres zu Ende zu bringen, damit es aller Welt zur Kenntnis gebracht wird, daß das deutsche Volk gewillt und bemüht ist, mit aller Kraft einer geordneten Finanzwirtschaft zuzustreben. Der Haushaltsplan für 1922 steht ganz unter dem Zeichen der ungeheuren Kosten, die die Erfüllung des Friedensvertrages dem deutschen Volke auferlegt. Während der Haushaltsplan für die innere Verwaltung sogar einen Ueberschuß von 1,5 Milliarden aufweist, erfordert die Ausführung des Friedensvertrages eine Anleihe von 171 Milliarden Mark. Der Versuch, die ungeheuren Kosten des Friedensvertrages im Jahre 1921 zu erfüllen, hat zur Zerrüttung des Markkurses und unserer gesamten Währung beigetragen. Die Folge davon ist, daß über den gesamten Haushalt das Zeichen völliger Unsicherheit steht.

Die Erschütterung des Markkurses steigert alle Ausgaben und muß die Inflation wachsenden. Von diesem Punkte aus muß die Sanierung der deutschen Finanzen angepaßt werden. Bevor nicht das Reparationsproblem in geeigneter Weise geregelt ist, kann von einer gesunden Finanzwirtschaft Deutschlands nicht gesprochen werden.

Der Haushaltsplan der allgemeinen Reichsverwaltung weist Steuern in einem Umfange auf, der in der Finanzgeschichte einzig daheht. Fast 100 Milliarden Mark sollen im Rechnungsjahre 1922 an Steuern aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden. Der geschwächten deutschen Volkswirtschaft wird durch die Millionenlücke von 100 Milliarden Mark eine ungeheure Last auferlegt. Angesichts dieser Millionenlücke dürfen sich auch die Staaten der Entente nicht der Erkenntnis verschließen, daß Deutschland die größten Anstrengungen macht, um alles nur irgend Mögliche aus seiner jetzigen Wirtschaft herauszuholen.

Wenn die Entente-Länder behauptet wird, der Deutsche habe weniger Steuern zu zahlen, als der Franzose und Engländer, so ist das irrig.

Ein unverheirateter Deutscher, der ein Einkommen von 90000 M. hat, hat allein 2200 M. Einkommensteuer zu zahlen, während ein entsprechendes Einkommen in England und in Frankreich überhaupt einkommensteuerfrei bleibt. Das deutsche Volk ist zudem durch die Kohlen- und Verbrauchssteuern aufs härteste belastet. Wenn gesagt wird, wir beschließen zwar Steuern, erhöhen sie aber nicht, so übersteht man, daß es nicht leicht war, eine gewaltige Steuerverwaltung von heute auf morgen aufzubauen. Die größten Schwierigkeiten sind aber heute überwunden.

Was gesetzgeberisch gegen die Kapitalflucht möglich ist, ist geschehen. Die Reichsregierung ist seit längerer Zeit mit verschiedenen auswärtigen Regierungen in Verbindung getreten, um Steuerflucht und Doppelbesteuerung zu verhindern. Mit der Tscheco-Slowakei steht ein solcher Vertrag vor dem Abschluß. Die schwebende Schuld beträgt heute 250 Milliarden Mark. Mit Steuern allein werden wir also nicht auskommen. Die Zwangsanleihe soll eine Milliarde Goldmark erbringen. Die dreijährige Unversindlichkeit ist ein Opfer des Fehlschusses und ein Beweis, daß das Reich unter Einwirkung aller Kräfte bemüht ist, an dem Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten. Aber auch mit Hilfe der Zwangsanleihe wird es nicht gelingen, auch nur den Reparationshaushalt zu balancieren. (Hört, hört!)

Wir werden daher auch versuchen müssen, eine freiwillige innere Anleihe auszuliegen.

Es wird aber erst möglich sein, wenn das Vertrauen an die innere Festigkeit des Reiches hergestellt und die äußeren Kosten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind. Sont erleben wir einen Welterfolg, wie bei der Sparprämienanleihe. Gegenüber den Vorwürfen, die der neue französische Finanzminister in der Budgetkommission der Kammer gegen uns erhoben hat, muß ich darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung lange vor den Beschlüssen von Cannes an den Aufbau der Lebensmittelpreise herangegangen ist. Wenn der französische Finanzminister auf die Vermehrung der Beamten hingewiesen hat, so hat er nicht bedacht, daß das Reich zahlreiche Zweige der Verwaltung von den Ländern neu übernommen hat.

Werbings beträgt die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches heute 740 000, gegenüber 201 000 im Jahre 1914.

(Hört! Hört! recht!) Das erklärt sich aber daraus, daß durch den Übergang der bayrischen und württembergischen Postverwaltung auf das Reich über 20 000 Köpfe, durch den Übergang der Eisenbahn 373 000 Köpfe übernommen wurden. Es heißt nun aber doch noch die Möglichkeit, die Zahl der Beamten nach und nach auf 75 Prozent einzuschränken. Wenn uns der französische Finanzminister ferner vorwirft:

Mittel zum Bau von Arbeiterwohnungen verschwendet zu haben,

so muß ich bemerken, daß 1921 Zuschüsse zu diesem Zweck überhaupt nicht verausgabt worden sind, sondern nur veranschlagt und zu tilgende Darlehen. Dieser Wohnungsbau war zudem notwendig, um die gewaltigen Kosten des Friedensvertrages auf dem Gebiete der Kohlenförderung zu erfüllen. Er mußte also wesentlich im Interesse Frankreichs erfolgen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten

wird von der Regierung dauernd aufmerksamer geprüft. Mit der fortschreitenden Teuerung wird auch eine fortlaufende Erhöhung ihrer Bezüge notwendig werden. Nach dem jetzigen Stande der Besoldungsordnung beträgt die jährliche Vermehrung der Bezüge gegenüber dem Frieden nur das Sechsfache nach Abzug der Einkommenerhöhung. Die Gesamtausgaben des Reiches für Gehälter und Löhne betragen 50 Milliarden. Davon entfallen 11,5 Milliarden auf die allgemeine Reichsverwaltung, der Rest auf die beiden Betriebsverwaltungen. Trotz dieser gewaltigen Summe befindet sich ein Teil der Angestellten- und Arbeiterchaft in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Aber die Teuerung ist in den einzelnen Teilen des Reiches sehr verschieden. Daher muß man bei Erhebungen sehr vorsichtig sein, damit nicht durch die Erhebungen das gesamte Leben in den einzelnen Gebieten ungleichmäßig verteuert wird. Es sind bereits Ueberteueringsschritte vorgehen. Den Landesregierungen wird in den nächsten Tagen Mitteilung über die Zielsetzung der Reichsregierung gehen, auch eine automatische Anpassung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter an die Teuerung ist schon im Auskuch geprüft worden.

Daher ist es unverantwortlich, wenn einzelne Teile der Beamtenchaft zum Streik auffordern, während diese Verhandlungen noch andauern. (Zustimmung bei der Mehrheit, Unruhe links.) Es ist kein Zweifel, daß die Reichsregierung allen solchen Versuchen, die auf eine unverantwortliche Störung des Wirtschaftslebens hinauslaufen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln nachdrücklich entgegenzutreten wird. (Große Unruhe links, lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Um die Bezüge der Pensionäre und Invaliden der Erhöhung der Bezüge der Beamten anzupassen, sind allein 10,7 Milliarden Mark auszuwerfen. Davon 8,7 Milliarden für Pensionäre aus Anlaß des Weltkrieges und ein einmaliger Beitrag von 1,7 Milliarden Mark für die Not der Sozialrentner. Zur Verringerung der Not der kleinen Kapitalrentner sind 2 Milliarden Mark eingesetzt. Die Reichsregierung konnte sich nicht mit den Beschlüssen des Reichstages abfinden, noch einen weiteren Beitrag von 100 Millionen Mark einzufordern. Für die Mittel der Erwerbslosenfürsorge ist 1,3 Milliarde Mark, wie im Vorjahre, davon 100 Millionen Mark zur Unterstützung besonders armer in Anspruch genommener Länder und Gemeinden ausgeworfen.

Eine scharfe Vorgehung der Finanzen zwischen Reich und Ländern ist dringend nötig.

(Sehr richtig!) Neue Verabredungen zwischen Reichs-Ländern und Gemeinden werden dann notwendig sein. Voraussetzung wird aber dabei sein, daß auch bei den Gemeinden mit der gleichen Sparsamkeit gewirtschaftet wird. (Sehr richtig!) Einen Eingriff in die Finanzhoheit der Länder und in die Finanzen der Gemeinden bedingt das Reich in seiner Wille. Auch bei der Abwicklung des Reiches der staatlichen Zwangswirtschaft wird ein drückendes Tempo eingeschlagen. (Beifall.) Das Reichsschatzministerium ist, soweit angängig, verkleinert worden. Der Schwerpunkt muß dahin verlegt werden, den Aufgabenkreis und den Umfang der Tätigkeit der Reichsverwaltung überhaupt einzuschränken.

Die unwirtschaftlichen Ausgaben für die interalliierten Kommissionen sind für uns sehr schmerzhaft. Mühen die aktiveren Regierungen, die bei uns immer Sparmaßnahmen verlangen, dazu kommen, uns solche unwirtschaftliche Ausgaben so wenig wie möglich aufzuerlegen. (Sehr richtig!) Die Tarife bei der Eisenbahn und Post mußten bedeutend erhöht werden. Auch hier soll eine innere Sanierung der Betriebe erreicht werden.

Die Ausführung des Friedensvertrages erfordert 148 Milliarden Mark ordentliche und 40 Milliarden Mark außerordentliche Ausgaben.

Diese Kosten können sich noch steigern. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Produktivität der deutschen Wirtschaft erheblich zurückgegangen ist. Klein unter notwendiger Einsparung, das an Nahrungsmitteln und Rohstoffen beträgt 2 1/2 Milliarden im Jahre, unsere Anfuhr dagegen ist von 10 Milliarden Mark im Frieden auf 4 Milliarden Mark gesunken. Unsere gesamte Zahlungsbilanz ist deshalb passiv geworden, und zwar mit 2 Milliarden Goldmark im Jahre. Die Alliierten müßen sich darüber klar sein: Erhebliche Reparationsleistungen und Befreiung der deutschen Inflation sind nicht miteinander vereinbar. Die Frage kann nur so gelöst werden, daß durch eine andere Gestaltung der Reparationsverpflichtungen die Kreditwürdigkeit Deutschlands wieder hergestellt wird. In den Wirtschaftskreisen des Auslandes ist diese Erkenntnis auf dem Marsche. Ob und wann sie sich bei den politischen Führern zeigen wird, steht noch dahin. Die Zeichen wirklicher Notwendigkeit aber sind noch nicht sichtbar, doch wird der Wille der Völker schließlich dahin gehen, in gemeinsamer Arbeit diese Probleme zu lösen. Wir wollen den kommenden Dingen ohne Optimismus, mit Ruhe, aber im Vertrauen auf unsere Arbeitskraft entgegengehen. Die Welt wird nicht nur unsere Erfüllungswillen, sie wird auch unsere Erfüllungsfähigkeit erkennen. Wir müssen endlich unseren fäudischen Streit beenden und daran denken, daß wir alle Glieder unserer deutschen Volksgemeinschaft sind. Nur wenn unser Volk in großen, das nationale Sein oder Nichtsein beherrschenden Fragen einig zusammensteht, dürfen wir hoffen, unsere Aufgaben, eine Verbesserung unserer internationalen Lage, zu erreichen. Wenn das das Haus sich eine baldige Verabschiedung des Reichshaushaltsplans ansetzen sein läßt, würde es dadurch der deutschen Delegation die demnach über das Reparationsproblem verhandelt wird, die an sich schwieriger Aufgabe außerordentlich erleichtern. (Beifall.) (Den Bericht über die Aussprache siehe Seite 2.)

Streikfieber.

Sollte es wirklich eine schlimme Vorbedeutung für das Jahr 1922 sein, daß die Nahrenden: unter den Auswirkungen des leichtfertigen Eisenbahnerstreiks im Westen stand? Fast scheint es so, als wollten die Eisenbahner dem deutschen Volke die Berechtigung dieses Abzulaßens vor Augen führen. Wir taumeln von einem Eisenbahnerstreik zum andern, sehen unheimlich Streikleidenschaften sich ausbreiten, die nicht nur das Gleichgewicht der deutschen Wirtschaft, nicht nur das gesamte Volk bedrohen, sondern die auch jede innere Berechtigung vernichten lassen. Oben erst ist der Streik auf den großen sächsischen Bahnhöfen zusammengebrochen, das Musterbeispiel der Disziplinlosigkeit, des unverantwortlichen Leichtsinns, mit dem ein paar streikwahnig und radikale Elemente das sächsische Wirtschaftslieben und die Versorgung der sächsischen Bevölkerung aufs schwerste gefährden konnten. Nach heute sind vielleicht die Nachwirkungen dieses Wahnsinns noch nicht völlig überwunden, da kommt es in der Eisenbahnbeamtenchaft des Reiches auf. Da sucht man wieder die Hand an die Gängel des Staates zu legen, in einem Augenblick, wo es eben gelungen ist, durch das Steuerkompromiß eine Grundlinie für die Sanierung der Reichsfinanzen zu finden, wo eben unseren Beamten der Reparationsplan übergeben wurde, der eine ungehörte Weiterentwicklung des gesamten Wirtschaftslebens zur unbedingten Voraussetzung hat. Und wenn man sich von dem Umfang der neuen Gefahr einen Begriff machen will, dann braucht man sich nur vor Augen zu halten, daß von den etwa 200 000 Eisenbahnbeamten gegen 200 000 in der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -Anwärter, der Trägerin der augenblicklichen Streikgefahr, organisiert sind. Kein Zweifel, daß unter diesen Umständen das ganze Getriebe der Reichsbahn, die Blutarterien des volkswirtschaftlichen Organismus, zum Stillstand kommen muß, wenn es dem Vorstand gelingt, den Streik unheimlich tollkühn werden zu lassen.

Wie es an der neuen Bedrohung kam, muß einigermaßen überraschen. Bekanntlich hatten am 8. Dezember nach der Verabschiedung der letzten Besoldungsanfrage die Beamtenverbände der Regierung neue Forderungen überreicht, die vom Reichsfinanzminister abgelehnt wurden, da sie eine neue Belastung von 30 bis 60 Milliarden Mark bedeuteten würden! Die Regierung hatte aber ihre Vereinstätigkeit an neuen Verhandlungen im Januar bekräftigt. Diese Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden und werden gegenwärtig in den Reichstagsausschüssen fortgesetzt. Die Regierung hat die Notlage der Eisenbahner durchaus nicht verkannt und behandelt augenblicklich die Frage der Ueberteueringsschritte an die Arbeiter der Orte, in denen die Industrie höher bezahlt wird, als die Reichsarbeiter. Hand in Hand damit gehen die Verhandlungen darüber, in welcher Weise sich eine Ueberteuering dieser Ueberteueringsschritte auf das Verdienstscheitern für die Beamten ermäßigen läßt, während außerdem die Frage der gleichzeitigen Ueberschuldung von einer Reichstagskommission geprüft wird. In diese Verhandlungen schloß am 27. Januar die Bombe des Streikrisikofusses des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten mit ihrem auf 5 Tage befristeten Ultimatum an das Reichsfinanzministerium und den Reichstag ein, in dem die Forderung vom 3. Dezember auf unverändliche Aufbesserung des Gehalts erneuert und weiterhin die Zurückziehung des Arbeitszeitgesetzes, einwärts und die Rücknahme des Antikriegsklassen des Verkehrsministers Groener verlangt wird. Kennt die Regierung anders handeln, als die neue W-Marktenforderung, die den auf 100 Milliarden den Gesamteinkommen bestehenden Reichsdetat einfach über den Haufen werfen, die im Reparationsplan angesprochene Sanierung der Reichsfinanzen zu einer Farce machen müssen, als unverantwortlich abzulehnen? Kann eine Regierung, wie es mit dem gänzlichen Fallenzlassen des Arbeitszeitgesetzes unvermeidlich wäre, den verprochenen Umbau der Eisenbahn zu einem wirtschaftlichen Betrieb unmöglich machen? Kann endlich auch eine demokratische Regierung eine derartige Verletzung der Beamtenpflicht zulassen?

Streikende Beamte! Nicht nur in der vielgeschmähten Zeit des „Ohrfeischstaates“ eine unerkennbare Erscheinung. Sie mühte um so mehr im demokratischen Staat außerhalb des Bereichs der Moralität liegen, als heute die Beamtenchaft fast die einzige Stütze der Staatsgewalt und Staatsautorität ist, als eine Unterhöhung der staatlichen Macht die Art an die Wurzel des Baumes legt, den Staat und Beamtenchaft darstellen. Eigene Vernunft mühte die Beamtenchaft dazu führen, nicht die tausend Fäden zu zerreißen, die sie mit dem Staat zu einem organischen Ganzen verbindet und die den Beamten gegenüber den privaten Berufsgruppen eine einzigartige Stellung schaffen. Besondere Vorrechte binden sie an den Staat. Während sie mit dem Staat in einem unklübbaren Vertragsverhältnis stehen, ist die gesamte übrige Arbeiterchaft durch meist kurzfristige lösbare Verträge mit der Arbeitserschaft verbunden, und ohne weiteres kann durch Tarifabschlüsse die Arbeiterchaft eines Privatbetriebs ebenso wie die Arbeitgeberchaft korporativ kündigen. Das ist ein Recht, das in dem Arbeitsverhältnis begründet ist, das manchmal zu bedeutenden Folgen für einen Wirtschaftszweig führen kann, das aber trotzdem nicht zu verkennen ist. Anders die Beamten, bei denen keine beiderseitig kündbaren kurzfristigen Verträge vorliegen, bei denen also weder der Staat der Beamtenchaft allgemein, noch diese dem Staat korporativ kündigen kann. Das sind die einfachen rechtlichen Grundlagen, die auch von der Landesstelle Sachsen der Reichsgewerkschaft der Eisen-

